

Neue Herausforderungen erfordern neue Instrumente

Welchen Stellenwert hat das Thema Sicherheit in unserer Gesellschaft? Wie gut sind wir auf künftige sicherheitspolitische Bedrohungen vorbereitet? Mit diesen Fragen forderte der frühere Chef des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, die Studierenden zu Beginn seines Vortrags heraus, denn seine Antworten waren ernüchternd: Sicherheit habe nur einen „unterentwickelten Stellenwert“ in der deutschen Bevölkerung und in unserer Präventionsarbeit „könnten wir natürlich besser werden“.

Doch mit welchen konkreten Bedrohungsszenarien sieht sich Deutschland derzeit konfrontiert? In den Augen des ehemaligen BND-Chefs lassen sich drei primäre Quellen identifizieren: aufstrebende autokratische Regime, internationaler Terrorismus und Kriminalität im Cyberraum.

Westliche Demokratien würden zunehmend herausgefordert durch Nationalpopulisten, die ein „autoritäres Gegenmodell zum dekadenten Westen propagieren“ und damit für eine international ansteigende Unsicherheit sorgen würden. Gleichzeitig müssen wir laut Schindler beobachten, „dass internationale Befriedungsmechanismen wie die UN immer seltener funktionieren. Die Gefährdungslage hat sich zwar fortentwickelt, humanitäre Regeln und das Kriegsvölkerrecht jedoch nicht.“

Im internationalen Terrorismus sieht Schindler eine langfristige Bedrohung für die globale Sicherheitslage, und zwar selbst dann, wenn es gelänge die aktuell einflussreichsten Terrornetzwerke zu zerschlagen, denn „Franchisenehmer aus aller Welt werden sich gerne solcher Marken wie IS und al-Qaida bedienen“. Diese Bedrohung müsste auch und gerade in Europa ernst genommen werden.

Darüber hinaus sei das Internet ein bis dato zu wenig beachteter Bereich, denn hier „tobt ein stiller Krieg“. Ein stiller, doch sehr folgenreicher Krieg, stelle man sich nur einen Cyberangriff auf die deutsche Energieversorgung vor. „Heute“, so Schindler, „braucht man nur noch eine Handvoll versierter IT-Spezialisten, um Bedrohungsszenarien von einem Ausmaß zu erzeugen, für das früher Armeen nötig gewesen wären.“

Um sein Zwischenfazit – eine neue globale Gefährdungslage erfordert neue sicherheitspolitische Instrumentarien – zu untermauern, zitierte Schindler Bundespräsident Steinmeiers Worte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020: „Wir werden heute Zeugen einer zunehmend destruktiven Dynamik der Weltpolitik. Vom Ziel internationaler Zusammenarbeit zur Schaffung ei-



Gerhard Schindler, früherer Chef des Bundesnachrichtendienstes

ner friedlicheren Welt entfernen wir uns von Jahr zu Jahr weiter.“ Vor diesen Aus-sichten zu kapitulieren wäre jedoch die falscheste aller Reaktionen. Stattdessen hält Schindler eine „Gesamtrevision der deutschen Sicherheitsarchitektur, die es so noch nicht gegeben hat“ für nötig. Alle von ihm konkret vorgeschlagenen Maßnahmen zur besseren Prävention und Bearbeitung alter und neuer Bedrohungslagen besaßen einen gemeinsamen Grundtenor: engere Kommunikation, effektivere Kooperation – und das sowohl national als auch international. Der wenig koordinierte Truppenabzug aus Afghanistan sei ein Negativbeispiel für die schwerwiegenden Konsequenzen von Auslandseinsätzen, bei denen es an überzeugenden Interventionsgründen und langfristiger Planung fehle.

Für umso wichtiger hält Schindler eine breite öffentliche Debatte über die Aufgaben des BND – eine solche habe es nämlich seit seiner Gründung im April 1956 nicht gegeben – um die daraus gewonnenen Erkenntnisse entschieden in Maßnahmen umzusetzen. „Das Ziel ist vorgegeben, jetzt müsste gehandelt werden.“ Ein Fazit, das nachklingt und anschließend rege diskutiert wurde: Die 60 Teilnehmenden interessierten sich für Schindlers Meinung zu angemessenen Reaktionen auf ausländische Abhöraktionen und diskutierten Chancen und Grenzen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit nationaler Sicherheitsbehörden. Das im Vortrag angesprochene Verhältnis von Freiheit und Sicherheit wurde am Beispiel des Einsatzes von Staatstrojanern aufgegriffen und abgewogen. Einig waren sich alle Beteiligten, dass der Diskurs um Sicherheit(-politik) in Deutschland weiterhin gefördert werden muss.

Ariatani Wolff